

Angelina Keil

# Wirtschaftschronik

## II. Quartal 2006

Abgeschlossen am 4. Juli 2006. • E-Mail Adresse: [Angelina.Keil@wifo.ac.at](mailto:Angelina.Keil@wifo.ac.at)

Der Europäischen Union werden von 2007 bis 2013 864 Mrd. € an finanziellen Mitteln zur Verfügung stehen. Die Suche nach einem Kompromiss zwischen Kommission, Rat und Parlament über den Haushalt der EU dauerte drei Jahre. Der zuständige Rat nimmt die Dienstleistungsrichtlinie an. In der Frage der weiteren Vorgangsweise zur Ratifikation der europäischen Verfassung wird die "Denkpause" verlängert. Anlässlich des Lateinamerikagipfels der EU divergieren die wirtschaftspolitischen Ziele von Lateinamerika und der EU, aber auch zwischen den lateinamerikanischen Ländern. Anlass der Diskussion war die Verstaatlichung der Erdöl- und Erdgasförderung in Venezuela und Bolivien. – Zwei Zinserhöhungen in den USA und eine Anhebung in der EU setzen neue Rahmenbedingungen für die Weltwirtschaft.

**1. Mai:** Boliviens Präsident Evo Morales kommt seinem Wahlversprechen nach, einen größeren Teil der Einnahmen aus der Nutzung von Bodenschätzen der verarmten Bevölkerung zukommen zu lassen, und zwingt ausländische Erdgas- und Erdölproduzenten per Dekret, künftig mit dem staatlichen Erdgaskonzern Yacimientos Petroliferos Fiscales Bolivianos (YPFB) Joint Ventures einzugehen. Dabei wird die YPFB 50% plus eine Stimme halten. Zugleich werden die Abgaben und Steuern (derzeit 50% des Produktionswerts) erhöht. Von Feldern, aus denen täglich mehr als 100 m<sup>3</sup> gefördert werden, müssen die Konzerne (z. B. Petrobras aus Brasilien, Repsol YPF aus Spanien und Argentinien, British Petrol, British Gas, Total aus Frankreich) künftig 82% des Produktionswertes an Abgaben abführen. Sie müssen die Verträge mit YPFB innerhalb von 180 Tagen nach Beginn der Förderung abschließen oder das Land verlassen. Venezuelas Präsident Chavez hat wenige Wochen zuvor den erdölfördernden Unternehmen höhere Abgaben auferlegt und sie in ähnlicher Form unter staatliche Kontrolle gezwungen.

**10. Mai:** Die Notenbank der USA erhöht die Leitzinsen um 25 Basispunkte. Die Federal Funds Rate beträgt nun 5%, die Discount Rate 6%.

**12.-13. Mai:** In Wien findet der Vierte Lateinamerikagipfel der EU statt. Die 61 Staats- und Regierungschefs bekennen sich in der "Wiener Erklärung" (<http://www.eu2006.at/includes/images/EULAC/EU-LACViennaDeclarationDE.pdf>) zur strategischen Kooperation in Körperschaften der UNO, zu den Menschenrechten, zur Unterstützung des internationalen Strafgerichtshofs, zur Abrüstung, Nichtverbreitung und Rüstungskontrolle von nuklearen, chemischen und biologischen Waffen, zum Schutz der Bevölkerung vor Terrorismus unter Wahrung der Menschenrechte, des internationalen Rechtes und der Grundfreiheiten. Zur Bekämpfung des Drogenhandels sollen Geheimdienstinformationen ausgetauscht werden. Jene Staaten, die das Kyoto-Protokoll noch nicht unterzeichnet haben, werden aufgefordert, dies rasch zu tun. Noch in diesem Jahr soll ein Prozess beginnen, der den politischen Dialog, Kooperationsprogramme und ein Handelsübereinkommen zum Ziel hat.

Angesprochen wird die Verunsicherung von Investoren in Lateinamerika durch die Verstaatlichungspolitik von Venezuela und Bolivien.

### Ausland

Bolivien:  
Verstaatlichungspolitik

USA: Erhöhung der  
Leitzinssätze

EU: Lateinamerikagipfel

EU: Finanzielle Vorausschau 2007-2013

**15. Mai:** Das Europäische Parlament stimmt der institutionellen Vereinbarung über die Haushaltsdisziplin und die wirtschaftliche Haushaltsführung zu. Die zwischen Kommission, Rat und Parlament ausgehandelte finanzielle Vorausschau 2007-2013 umfasst Budgetmittel von 864,3 Mrd. €. Der größte Teil dieser Mittel wird für nachhaltiges Wachstum (382,1 Mrd. €) – vor allem Struktur- und Kohäsionsmittel – sowie nachhaltige Bewirtschaftung und Schutz der natürlichen Ressourcen (371,3 Mrd. €) – vor allem direkte Agrarausgaben (33,8%) – verwendet; die letztere Rubrik umfasst die Mittel für Agrar-, Fischerei- und Umweltpolitik.

Übersicht 1: Struktur der Ausgaben laut Finanzrahmen der EU 2007-2013

Zu Preisen von 2004

	Mrd. €	Anteile in %
Nachhaltiges Wachstum	382,1	44,2
Wettbewerbsfähigkeit für Wachstum und Beschäftigung	74,1	8,6
Kohäsion für Wachstum Beschäftigung	308,0	35,6
Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	371,3	43,0
Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	10,8	1,2
Freiheit, Sicherheit und Justiz	6,6	0,8
Unionsbürgerschaft	4,1	0,5
Die EU als globaler Partner	49,5	5,7
Verwaltung	49,8	5,8
Ausgleichszahlungen	0,8	0,1
Verpflichtungsmittel insgesamt	864,3	100,0

Q: Amtsblatt der Europäischen Union, 14. Juni 2006.

Die Kommission forderte in ihrem Vorschlag vom Februar 2004 Ausgaben von 992,7 Mrd. €, das Parlament schlug im Juni 2005 Budgetausgaben von 973,3 Mrd. € vor. Nach dem Scheitern der Verhandlungen im Rat über die finanzielle Vorausschau im Juni 2005 erreichte der Rat im September 2005 eine Einigung über ungleich geringere Mittel (860,8 Mrd. €). Dieser Vorschlag wurde vom Europäischen Parlament im Jänner 2006 abgelehnt<sup>1)</sup>.

EBRD

**22. Mai:** Die European Bank for Reconstruction and Development (EBRD) legt ihre Strategie neu fest. Künftig wird der Schwerpunkt der Investitionen in Russland, Südosteuropa, dem Kaukasus und Zentralasien gesetzt. Die Kapitalausstattung bleibt mit 20 Mrd. € unverändert.

EU: Dienstleistungsrichtlinie

**29. Mai:** Die EU-Mitgliedstaaten einigen sich im Wirtschaftsrat über den Richtlinien-vorschlag zur grenzüberschreitenden Liberalisierung der Dienstleistungsmärkte<sup>2)</sup>.

Europäische Zentralbank: Erhöhung der Leitzinssätze

**15. Juni:** Die EZB hebt die Leitzinssätze um 25 Basispunkte an. Der Mindestbietetungssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte des Eurosystems steigt damit auf 2,75%, der Zinssatz für die Spitzenrefinanzierungsfazilität mit Wirkung vom 15. Juni 2006 um 25 Basispunkte auf 3,75%.

Europäischer Rat: Gipfeltreffen

**16. Juni:** Anlässlich des EU-Gipfels beglückwünschen die Staats- und Regierungschefs Slowenien zu den wirtschaftlichen Fortschritten seit dem Beitritt zur Union und begrüßen den Vorschlag der Kommission, den Euro als nationale Währung in Slowenien einzuführen. Nach der Verabschiedung dieses Beschlusses durch den Ecofin-Rat Mitte Juli kann Slowenien mit 1. Jänner 2007 die gemeinsame Währung übernehmen. Litauen, das sich ebenfalls um die Aufnahme in die Währungsunion bemüht hat, kann laut Konvergenzbericht das Inflationskriterium nicht erfüllen.

Die "Denkpause" bezüglich der Europäischen Verfassung wird um ein weiteres Jahr verlängert. Nach Gesprächen mit den Mitgliedstaaten soll in der ersten Jahreshälfte 2007 ein Bericht über den Stand der Beratungen über den Verfassungsvertrag vorge-

<sup>1)</sup> Keil, A., "Wirtschaftschronik. I. Quartal 2006", WIFO-Monatsberichte 2006, 79(4), S. 239-243, [http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo\\_search.get\\_abstract\\_type?p\\_language=1&pubid=26417](http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=26417).

<sup>2)</sup> Keil, A., "Wirtschaftschronik. I. Quartal 2006", WIFO-Monatsberichte 2006, 79(4), S. 239-243, [http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo\\_search.get\\_abstract\\_type?p\\_language=1&pubid=26417](http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=26417).

legt werden. Spätestens im 2. Halbjahr 2007 wird darauf aufbauend ein Reformprozess beginnen.

Ob Bulgarien und Rumänien wie geplant mit 1. Jänner 2007 der EU beitreten werden, wird vom Anfang Oktober vorzulegenden Monitoring-Bericht abhängen. Anlässlich der Ratstagung im Dezember 2006 werden Fragen im Zusammenhang mit künftigen Erweiterungsschritten diskutiert werden: zur Fähigkeit, weitere Mitglieder aufzunehmen, zur Verbesserung der Qualität des Erweiterungsprozesses und zum Tempo der Erweiterung. Die Kommission und Javier Solana weisen in einem Papier auf die große Abhängigkeit der EU-Länder von Energieimporten aus instabilen Regionen und von unzuverlässigen Lieferanten hin. Die Ratspräsidentschaft, die Europäische Kommission und Javier Solana sind aufgefordert, die Entwicklung und Implementierung einer Gemeinsamen Energiepolitik voranzutreiben.

**21. Juni:** In Wien findet das Gipfeltreffen zwischen dem Präsidenten der USA und den Repräsentanten der EU statt. Neben politischen Themen wie der Schließung des Gefangenlagers "Guantanamo" oder dem Atomstreit mit dem Iran werden die ins Stocken geratenen Verhandlungen über die Doha-Runde der WTO angesprochen. Präsident Bush warnt vor dem Scheitern dieser Liberalisierungsgespräche; die USA und die EU streben an, die Welthandelsrunde bis Ende 2006 abzuschließen.

**22. Juni:** Russland einigt sich mit dem Pariser Club der Gläubigerländer über die vorzeitige Rückzahlung sämtlicher Altschulden. Russland zahlt 20,8 Mrd. \$ plus einen Zuschlag von 700 Mio. € zurück. Die Zinseinsparungen durch die Tilgung aller Schulden werden auf 6,1 Mrd. € geschätzt.

**26. Juni:** Der EU-Energiekommissar und die Energieminister Österreichs, Ungarns, Rumäniens, Bulgariens und der Türkei beschließen den Bau der Erdgas-Pipeline "Nabucco". Diese soll jährlich 25 bis 31 Mrd. m<sup>3</sup> Erdgas über eine Entfernung von 3.300 km vom Kaspischen Raum nach Europa transportieren. Das Bauvorhaben wird 4,6 Mrd. € kosten; es soll 2007/08 begonnen und 2011 fertig gestellt werden. Die Finanzierung soll zu 40% über EIB, EBRD und die Weltbanktochter IFC und zu 30% über kommerzielle Banken erfolgen; 30% müssten die Gaskonzerne (OMV, Botas u. a.) aufbringen.

**29. Juni:** Zum zweiten Mal in diesem Quartal und zum 17. Mal in Folge erhöht die Notenbank der USA die Leitzinssätze um 25 Basispunkte. Damit liegt die Federal Funds Rate nun bei 5,25%, und die Discount Rate beträgt 6,25%.

Gipfeltreffen EU-USA

Pariser Club: Russland

Pipeline "Nabucco"

USA: Erhöhung der Leitzinssätze

Die österreichische Bundesregierung sowie Banken und Versicherungen beteiligen sich an einer Aktion zur Rettung der BAWAG P.S.K. Dazu beschließt der Nationalrat eine Haftungsübernahme der Republik, die Banken und Versicherungen stellen Besserungskapital zur Verfügung. Eine angekündigte Fusion von OMV und Verbund wird nach wenigen Tagen widerrufen; kurzfristig reagieren die Börsen mit starken Kursverlusten. Die Aktie der Österreichischen Post AG trifft bei ihrer Einführung an der Wiener Börse auf starke Nachfrage.

## Österreich

**8. Mai:** Der Nationalrat beschließt das Bundesgesetz betreffend die Haftungsübernahme zur Zukunftssicherung der BAWAG PSK (I Nr. 61/2006, <http://ris1.bka.gv.at/authentic/findbgbl.aspx?name=entwurf&format=html&bgblnr=BGBL.%20I.%20Nr.%2061/2006> \t "PD2"). Der Bund verpflichtet sich darin zur Übernahme einer Haftung von 900 Mio. €<sup>3)</sup>, die BAWAG PSK zahlt dafür jährlich 0,2% der Haftungssumme plus Zinsen und Kosten. Sollte der angestrebte Verkauf der BAWAG nicht bis 30. Juni 2007 vollzogen werden, erhöht sich die Zahlung auf 1,2%. Im Zuge der Rettungsaktion werden der BAWAG PSK von heimischen Banken und Versicherungen 450 Mio. € an "Besserungskapital" zugeführt. Die BAWAG und der ÖGB übertragen ihre Anteile an der Oesterreichischen Nationalbank (8,7% und 11,3%) zur Nominale an den Staat.

BAWAG: "Rettungspaket"

<sup>3)</sup> Anlässlich der Übernahme der PSK durch die BAWAG räumte die Republik der BAWAG ursprünglich eine Haftung für die Spareinlagen von 5,5 Mrd. € ein.

Zigaretten: Mindestpreis

**15. Mai:** Zigaretten müssen künftig in Österreich zu einem Mindestpreis von 3,25 € verkauft werden. Die Europäische Kommission sieht darin eine Verletzung des EU-Rechtes und erwägt eine Klage gegen Österreich.

Post: Privatisierung

**31. Mai:** Die Aktien der Österreichischen Post AG werden an der Wiener Börse gehandelt. Der Emissionspreis wird mit 19 € fixiert. Nach Ausübung der Mehrzuteilungsoption werden sich 49% des Grundkapitals (34,3 Mio. Postaktien) im Streubesitz befinden. Der Verkaufserlös beträgt über 650 Mio. €. Eine Verbreitung nach oder innerhalb der USA, Kanada, Japan oder Australien ist nicht erlaubt.

Fusion OMV-Verbund

**23. Mai:** Die am 8. Mai von OMV und Verbund angekündigte Fusion wird von beiden Partnern widerrufen. Durch diese geplante Allianz wäre ein Energieversorger mit einem Umsatz von 18 Mrd. € und einem geschätzten Börsenwert von 30 Mrd. € entstanden. Nach Bekanntwerden der Fusionspläne reagierten die Aktien der Unternehmen mit Kursverlusten von bis zu 25%. In weiterer Folge forderten die Landeshauptleute, dass neben den Wasserkraft- und Netzgesellschaften auch die OMV zu mindestens 51% im öffentlichen Eigentum verbleibt.

KMU-Förderungsgesetz 2006

**23. Mai:** Das "KMU-Förderungsgesetz 2006" (KMU-FG 2006, I Nr. 101/2006, <http://ris1.bka.gv.at/authentic/findbgbl.aspx?name=entwurf&format=html&bgblnr=BGBI.%20I.%20Nr.%20101/2006>) wird im Nationalrat beschlossen. Es sieht Investitionsbegünstigungen für jene 300.000 Betriebe vor, die auf Basis einer Einnahmen-Ausgaben-Rechnung wirtschaften. Die Umsatzobergrenze für die Umsatzsteuerbefreiung wird auf 30.000 € pro Jahr angehoben. Durch eine Änderung des Gesetzes über die Errichtung der Bundesbeschaffungsagentur erhalten kleine und mittlere Unternehmen leichter Zugang zu öffentlichen Aufträgen.

Ökostromgesetz

**12. Mai:** Das Bundesgesetz, mit dem das Ökostromgesetz, das Elektrizitätswirtschafts- und -organisationsgesetz und das Energie-Regulierungsbehördengesetz geändert werden (Ökostromgesetz-Novelle 2006, BGBl. I Nr. 105/2006, <http://ris1.bka.gv.at/authentic/findbgbl.aspx?name=entwurf&format=html&bgblnr=BGBI.%20I.%20Nr.%20105/2006>), wird im Nationalrat beschlossen. Es regelt die Förderung des Einsatzes erneuerbarer Energieträger neu. So sollen künftig je 30% der Fördermittel für Biomasse, Biogas und Windkraft und 10% für Photovoltaik verwendet werden. Eine Deckelung der Fördermittel ist vorgesehen. Finanzielle Unterstützung wird auch für mittelgroße Wasserkraftwerke sowie für Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen bereitgestellt.

BAWAG: Refco-Klage

**5. Juni:** Die Vergleichsverhandlungen zwischen dem Justizministerium der USA, der Börsenaufsichtsbehörde (SEC), den Refco-Gläubigern, Vertretern von Refco-Wertpapierinhabern, die eine Sammelklage eingereicht haben, sowie dem Investmenthaus Thomas H. Lee Partners über Ansprüche im Zusammenhang mit der Insolvenz des Börsenhändlers Refco werden abgeschlossen. Die BAWAG PSK verpflichtet sich zu einer Zahlung von 158 Mio. \$; davon sind 150 Mio. \$ zwischen den Refco-Gläubigern und dem Justizministerium zu teilen. Das Justizministerium wird seinen Anteil an Refco-Gläubiger, Sammelkläger (Anleihenbesitzer und Aktionäre) und an Thomas H. Lee Partners weiterleiten. 8 Mio. \$ gehen an den Sammelklagevergleichsfonds. Spätestens nach einem Jahr oder bei Verkauf der BAWAG PSK wird eine weitere Zahlung von 525 Mio. \$ fällig, die nach demselben Schlüssel aufgeteilt wird. Übersteigt der Erlös aus dem Verkauf der BAWAG PSK 1,8 Mrd. €, so werden 30% dieses Betrags, höchstens jedoch 200 Mio. \$ an die Vergleichsparteien gezahlt. Die BAWAG PSK verzichtet weiters auf Rückforderungen gegen Refco und deren Gläubiger, nicht jedoch auf Forderungen gegen Phillip Benett<sup>4)</sup>. Im Gegenzug werden sämtliche laufenden Klagen aller Verhandlungsparteien eingestellt, neue Klagen werden nicht zugelassen. Das Justizministerium der USA sichert zu, eventuelle Strafanzeigen gegen die BAWAG PSK sowie gegen den ÖGB und seine verbundenen Unternehmen nicht zu verfolgen. Diese verpflichten sich, mit den Behörden und den Sammelklägern in den USA zur Aufklärung des Refco-Falles zusammenzuarbeiten.

<sup>4)</sup> Die BAWAG PSK hatte im November 2005 eine Klage von 350 Mio. \$ gegen Refco und Phillip Benett in den USA eingebracht. Im April 2005 folgte eine Gegenklage der Refco-Gläubiger gegen die BAWAG PSK über 1,3 Mrd. €. In einer einstweiligen Verfügung wurden in den USA Vermögenswerte eingefroren und Konten der BAWAG PSK gesperrt.

**30. Juni:** Die Ergebnisse der Vergleichsverhandlungen vom 2. Juni zwischen BAWAG PSK und den Refco-Gläubigern werden nach Anhörung aller Parteien vom Konkursrichter des Refco-Insolvenzverfahrens anerkannt.